



Niederschrift

28. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 16.05.2006
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:45 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Herr Krause, Siegmund	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE. PDS	
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE. PDS	
Frau Blume, Marie	SPD	anwesend ab 18:15 Uhr (TOP 4)
Frau Geywitz, Klara	SPD	
Herr Näder, Volkmar	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Buchholz, Dirk	BürgerBündnis/FDP	
Frau Gerber, Heiderose	Die Andere	
Frau Grimm, Ute	Die Andere	
Herr Anton, Torsten	DIE LINKE. PDS	
Frau Basekow, Angela	SPD	
Frau Bittrich, Sabine	Ausländerbeirat	
Frau Busch, Jutta	DIE LINKE. PDS	
Herr Fröhlich, Uwe	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Jensch, Sun	CDU	
Frau Kirchner, Monika	BürgerBündnis	
Herr Puschmann, Wolfgang	Seniorenbeirat	
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	

Nicht anwesend sind:

Frau Keilholz, Monika	SPD	entschuldigt
Frau Paulsen, Bettina	CDU	entschuldigt
Herr Jutzi, Jörg	PDS	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 25.04.2006

- 2 Mitteilungen der Verwaltung
- 3 Investitionsmaßnahmen der Pro Potsdam 2005 und beabsichtigter Wohnungsverkauf 2006
- 4 Sachstandsbericht zur Kommunalisierung des SGB XII
- 5 Bilanz der PAGA
Vorlage: 06/SVV/0416
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz
- 6 Wohnungspolitik
Vorlage: 06/SVV/0307
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 7 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Geywitz.

Zu Beginn der Sitzung sind 9 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Krause schlägt vor, TOP 3 und TOP 6 gemeinsam zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

Der Tagesordnung wird mehrheitlich zugestimmt.

zu 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 25.04.2006

Frau Schulze weist darauf hin, dass Herr Wegner im TOP 6 bezüglich eines ungünstigen Standortes für die Potsdamer Tafel nicht die Innenstadt, sondern bewohnerstarker Bereiche gesagt hat.

Sie bittet um Erläuterung zur Aussage, dass der Verwaltung durch die Potsdamer Tafel die Vermittlung des Grundstückes in der Fultonstraße untersagt wurde.

Frau Müller und Herr Ernst erklären, dass es ein Schreiben der Potsdamer Tafel an die Verwaltung gibt, dass hier die Tafel selbst verhandeln wolle.

Frau Schulze bittet, dass dieses Schreiben der Arbeitsgruppe zur Verfügung gestellt wird.

Frau Müller sagt dies zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 Mitteilungen der Verwaltung

Reihenuntersuchungen

Frau Müller informiert, dass die Landeshauptstadt Potsdam der Weisung des MASGF folgt, auch für die 2- bis 4jährigen Reihenuntersuchungen durchzuführen. Da es hierfür keine zusätzlichen Personalmittel gibt, ist dieses nur durch Umorganisation sowie die Besetzung einer weiteren Kinderarztstelle im Gesundheitsamt zu realisieren

Frau Schulze bittet, dass dies dem Ausschuss in einer kurzen Mitteilungsvorlage vorgelegt wird.

Frau Müller wird dies dem Ges./Soz.-Ausschuss als Bericht zur Verfügung stellen.

zu 3 Investitionsmaßnahmen der Pro Potsdam 2005 und beabsichtigter Wohnungsverkauf 2006

Der Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit TOP 6 behandelt.

zu 4 Sachstandsbericht zur Kommunalisierung des SGB XII

Herr Soeffner gibt anhand von Folien detaillierte Erläuterungen und stellt ausführlich die Folgen dar. Er erklärt die finanziellen Auswirkungen und die erforderlichen Maßnahmen.

Herr Soeffner erläutert die Schritte für den Abschluss von Leistungs- und Vergütungsverhandlungen / Rahmenverträgen.

Er verweist auch auf die Stellungnahmen der Liga der Spitzenverbände.

Frau Geywitz weist darauf hin, dass das Gesetz noch nicht offiziell vorliegt, aus ihrer Sicht aber eine rechtzeitige Information im Ausschuss gegeben werden sollte.

Frau Basekow berichtet, dass Potsdam-Mittelmark und Brandenburg bereits begonnen haben, mit den Trägern zu verhandeln. Sie bittet darum, dass ein Ansprechpartner benannt wird.

Frau Müller erklärt, dass auf der Arbeitsebene schon Gespräche geführt werden. Es ist auch bereits angedacht, die Kleine Liga einzubeziehen. Dies soll auch übergreifend erfolgen. In den augenblicklichen Gesprächen ist Herr Ernst eingebunden und auch Ansprechpartner für die Kleine Liga.

zu 5

Bilanz der PAGA
Vorlage: 06/SVV/0416

Frau Schulze erinnert an den Antrag, dass der OBM einen Bericht in der StVV geben sollte. Schlussfolgerungen sind in der vorliegenden Mitteilungsvorlage in sehr minimalem Umfang enthalten.

Sie weist darauf hin, dass es in Potsdam einen rasanten Anstieg der Bedarfsgemeinschaften gab und fragt, woher dieser Anstieg kommt. Sie fragt nach dem Alter der Empfänger.

Frau Schulze macht deutlich, dass es nach ihren Informationen immer noch Schwierigkeiten in der Antragsbearbeitung gibt und stellt dies kurz in einem Einzelfall dar. Auch ist die Terminvergabe ist sehr langfristig.

Wie stellt sich der Betreuungsschlüssel für die über 25-jährigen dar? Sind die Fortbildungen der Fallmanager abgeschlossen?

Herr Fröhlich fragt, ob es Zusammenarbeit mit den Hochschulen gibt. Das Betreuungsverhältnis für Erwachsene ist für ihn nicht erkennbar.

Herr van Leeuwen kann nicht nachvollziehen, aus welchem Grund die PAGA hier ständig diskutiert wird. Als diese Aufgaben durch die Agentur für Arbeit erfüllt wurden, wurde dies nicht thematisiert.

Frau Müller weist darauf hin, dass die Einflussmöglichkeit der Kommune hier nur sehr begrenzt ist. Dies trifft insbesondere für die Finanzströme durch das BMWA. Die Bundesagentur hat erst 4-5 Monate im Nachhinein die prognostizierte Zahl der Bedarfsgemeinschaften anerkannt. Dies trifft für alle Argen zu. Es besteht keine Möglichkeit, differenzierte Statistiken zu erhalten. Ursprüngliche Zahlen, die von der Agentur gekommen sind stimmten nicht.

Hier hat die Kommune keine Möglichkeiten, steuernd einzugreifen.

Herr Thomann verweist auf das Vier-Säulen-Modell, welches im Ges./Soz.-Ausschuss sowie im Jugendhilfeausschuss vorgestellt wurde.

Der Betreuungsschlüsse für unter 25-Jährige beträgt 1:78.

Er stellt kurz die finanzielle Ausstattung dar. Er macht auch deutlich, dass im vergangenen Jahr das Verwaltungskostenbudget nicht ausgereicht hat. Dies wird auch in diesem Jahr so sein.

Er bietet an, den Schriftverkehr diesbezüglich zur Verfügung zu stellen.

Herr Thomann berichtet, dass der Qualifizierungsstand sehr erfreulich ist und die Fallmanager in den nächsten Wochen ihre Ausbildung beenden.

Potsdam war nur in der Einführungsphase Modellkommune. Dies ist beendet. Die Uni-Potsdam beobachtet nach wie vor das Mitarbeiterverhalten und macht Befragungen.

Die Integrationsarbeit verläuft erfreulich.

Frau Basekow bittet, dass dies auch künftig immer wieder im Ausschuss thematisiert wird.

zu 6

Wohnungspolitik
Vorlage: 06/SVV/0307

Herr Müller-Zinsius macht deutlich, dass nicht feststellbar ist, ob Mieter aufgrund der steigenden Miete nach der Modernisierung gekündigt haben. Die umzugswilligen Mieter sind fast alle zufriedenstellend untergebracht worden. Von den insgesamt 800 modernisierten Wohnungen waren bereits 18 % vorher leer.

Herr Krause fragt, ob es in der Carl-von-Ossietsky-Straße zu einer befriedigenden Lösung gekommen ist.

Herr Müller-Zinsius kann dazu keine Aussage treffen.

Herr Krause bringt die große Anfrage ein und begründet diese kurz.

Herr Müller-Zinsius betont, dass die Pro Potsdam eine Gesellschaft der Stadt Potsdam ist. Es gibt keine Gruppe, die nicht mit Wohnraum versorgt werden kann.

Dies trifft auch für die Genossenschaften zu. Es können nur Wohnungen vermittelt werden, die frei sind.

Frau Geywitz fragt, ob die Pro Potsdam den Zwängen der Haushaltskonsolidierung unterliegt und daher die Verkäufe tätigt.

Herr Müller-Zinsius kann dies so nicht bestätigen. Die Verkäufe sind erforderlich, um neue Wohnungen bauen zu können.

Frau Basekow macht deutlich, dass es in Potsdam sehr schwer möglich ist, für 7,40 Euro Warmmiete Wohnungen zu finden. Hier gibt es Wartezeiten bis zu einem halben Jahr. Oft muss hier auf private Vermieter zurückgegriffen werden. Auch die Unterbringung von Mietschuldnern in Wohnungen ist sehr schwierig.

Frau Blume bestätigt dies.

Herr Müller-Zinsius erklärt, dass hier auch festgestellt werden muss, um wie viele Mieter es sich handelt. Die Fallzahl sollte hier festgestellt werden.

Frau Müller macht deutlich, dass mit Mietschuldnern gearbeitet werden muss, um herauszufinden, wie es zu den Schulden gekommen ist und wie dieses Problem gelöst werden kann.

Sie erinnert daran, dass die Dienstanweisung für den angemessenen Wohnraum mit dem Arbeitskreis Stadtspuren gemeinsam, in dem auch andere Wohnungsgesellschaften vertreten sind, erarbeitet wurde.

Sie macht darauf aufmerksam, dass es einen massiven Bedarf an kleinem bezahlbarem Wohnraum gibt. Dieser kann derzeit nicht zufriedenstellend gedeckt werden.

Zukünftige Beratungspotenziale können nicht festgestellt werden.

Herr Böttche erklärt, dass in Potsdam keine abwartende Wohnungspolitik gibt, sondern eine vorausschauende.

Vorausschauende Wohnungspolitik kann nicht leisten, dass eine Liste von bestimmten Personengruppen erstellt werden kann, um sich darauf einstellen zu können.

Es besteht keine Situation, die darauf hinausläuft, dass Wohnungsnachfragern aus einkommensschwachen Familien keinen Wohnraum erhalten. Hier wird auch

durchaus der angemessene Wohnraum gefunden, wenn auch nicht immer sofort. Dies trifft nicht nur für Pro Potsdam, sondern auch für alle anderen Wohnungsgenossenschaften in Potsdam zu. Derzeit gibt es in allen Potsdamer Wohnungsunternehmen geringe Leerstände.

Herr Müller-Zinsius macht deutlich, dass sich die Pro Potsdam durchaus als Dienstleister der Stadt versteht.

zu 7 Sonstiges

Herr Krause regt an, dass sich die Trägerversammlung mit dem Thema Qualität des Fallmanagements bei der PAGA befasst.

Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:

20. Juni 2006 18:00 Uhr Raum 3.025 des Stadthauses

**Klara Geywitz
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Protokoll**